



# liberal central

mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes berlin-mitte  
ausgabe juni 2011

## Herausgeber, V.i.S.d.P

Dr. Maren Jasper-Winter  
FDP-Bezirksverband Berlin-Mitte  
Schlegelstr. 24  
10115 Berlin  
liberalcentral@fdp-mitte.de

## Distribution

700 Stück digital  
200 Stück Print

## Chefredakteur

Nils Augustin  
augustin@liberal-central.de

## Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Claudia Bandow,  
Anno Blissenbach, Ralf Breitgoff,  
Philipp Ehmann, Armin Grabs,  
Dr. Nikoline Hansen, Dr. Maren  
Jasper-Winter, Katja v. Maur,  
Peter Pawlowski, Henner Schmidt,  
Dr. Tim Stuchtey

## Autoren dieser Ausgabe

Hartmut Bade, Pamela Hackel,  
Christoph Meyer, Alexander  
Platonov, Volker Thiel

## Leserbriefe

Sebastian Ahlefeld

## FDP Berlin-Mitte im Internet

[www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)  
[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)  
[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)  
[www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)  
[www.fdp-hackescher-markt.de](http://www.fdp-hackescher-markt.de)  
[www.fdp-ot.de](http://www.fdp-ot.de)  
[www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)  
[www.fdp-wedding.de](http://www.fdp-wedding.de)

## Bankverbindung

FDP Mitte  
Konto 653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen  
geben die Meinung ihres Autors  
wieder, nicht die der Redaktion.

# liberal central

ausgabe juni 2011



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

nachdem unsere Partei in Bund und Land in den vergangenen 18 Monaten bei Wahlen und in Umfragen nicht auf die Zustimmung gestoßen ist, die wir uns wünschen und die einer liberalen Politik für Deutschland und Berlin hilfreich ist, blicken wir nun mit geduldiger Zuversicht nach vorne. Das nachhaltige Wirtschaftswachstum, welches wir derzeit im Bund erleben, übertrifft alles seit einer Generation erlebte; in der Ökonomie wie auch in anderen Politikfeldern wird eine freiheitliche und erfolgreiche liberale Handschrift immer sichtbarer. Ganz anders im rot-rot regierten Berlin, das sich weiterhin in wirtschaftlichen und sozialen Daten am Ende der Bundesländer orientieren muss, und in welchem verbiesterte linke Milieus sich durch die Regierungsfractionen und „Grüne“ ermutigt fühlen, mit zunehmendem Aktionsradius die Autos hart arbeitender Mitbürger anzuzünden. Vorbild der Welt auf Bundesebene, auf dem Weg zu somalischen Verhältnissen in der Hauptstadt – das wird der Wähler am 18. September nicht goutieren.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Ich bin ein freier Mensch. Ich will unter keinen Umständen ein Allerweltsmensch sein. Ich habe ein Recht darauf, aus dem Rahmen zu fallen. Ich wünsche mir Chancen, nicht Sicherheiten. Ich will kein ausgehaltener Bürger sein, gedemütigt und abgestumpft, weil der Staat für mich sorgt. Ich will dem Risiko begegnen, mich nach etwas sehnen und es verwirklichen, Schiffbruch erleiden und Erfolg haben. Ich lehne es ab, mir den eigenen Antrieb mit einem Trinkgeld abkaufen zu lassen. Lieber will ich den Schwierigkeiten des Lebens entgegenzutreten, als ein gesichertes Dasein zu führen; lieber die gespannte Erregung des eigenen Erfolges, statt die dumpfe Ruhe Utopiens. Ich will weder meine Freiheit gegen Wohltaten hergeben, noch meine Menschenwürde gegen milde Gaben. Ich habe gelernt, selbst für mich zu handeln, der Welt gerade ins Gesicht zu sehen und zu bekennen: dies ist mein Werk.

Albert Schweitzer

# Berlin-Mitte: Warum wir das Elterngeld brauchen

von Maren Jasper-Winter

Aus liberaler Sicht ist es notwendig und richtig, staatliche Geldleistungen auf ihren Nutzen und ihren effizienten Einsatz hin zu überprüfen. Erreicht das eingesetzte Geld das angestrebte Ziel? Entstehen Mitnahmeeffekte? Bei dem in der Diskussion stehenden Elterngeld wird angeführt, dass trotz der Einführung der finanziellen Hilfe die Geburtenrate nicht gesteigert wurde. So scheint sich der Wert von 1,4 Kindern pro gebärfähiger Frau in Deutschland zu stabilisieren, nicht aber merklich zu erhöhen.



In Berlin-Mitte wurden im Jahr 2009 nach Aussage des statistischen Amtes 11,3 Kinder pro 1000 Einwohner geboren. Nur die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg (11,9) und Pankow (11,7) liegen in Berlin vor dem Bezirk Mitte. Der Berlin-weite Durchschnitt beträgt 9,3 und der bundesdeutsche Durchschnitt liegt bei 8,3. Noch nie wurden seit der Wiedervereinigung so viele Babys in Berlin geboren.

Dieser Berlin-Trend lässt auch in anderen großen Städten wie München, Köln, Hamburg, und Frankfurt nachvollziehen. Auch wenn er sich noch nicht in einer steigenden Geburtenrate in Gesamtdeutschland zeigt, hat das Geld einen anderen, ebenso wichtigen Effekt. Männer beteiligen sich verstärkt an der Erziehungsarbeit der Kinder. Dies zeigen folgende Zahlen: Im Jahr 2009 nahm jeder vierte Vater Elterngeld in Anspruch, im Jahr 2008 war es nur jeder fünfte, 2007 nur jeder sechste. Drei Viertel der Väter nehmen einen Zeitraum von 2 Monaten in Anspruch.

Dies zeigt, dass das Elterngeld für einen gesellschaftlichen Umschwung sorgt. Dadurch, dass sich auch Väter an der Erziehungsarbeit beteiligen, verbessert sich die Chancengerechtigkeit von jungen Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

Und Chancengerechtigkeit ist, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können ein wichtiges liberales Ziel. Wenn ein Arbeitgeber eine dreißigjährige Frau einstellt, besteht der Wettbewerbsnachteil der Frau darin, gegebenenfalls in näherer Zukunft wegen einer Elternzeit auszufallen. Durch das Elterngeld, ist es aber nunmehr wahrscheinlicher geworden, dass auch Männer eine gewisse Zeit (zumindest für zwei Monate) nicht arbeiten werden.

Auch in Bezug auf die Rollenverteilung von Paaren wird diese Entwicklung zunehmend Einfluss nehmen und die klassischen Rollenbilder aufweichen. Denn zum einen erfahren Väter selbstverständlicher, was es heißt, in einer Elternzeit die Verantwortung für das Kind zu übernehmen und dass dies auch Arbeit ist. Und Frauen können aufgrund des besseren monetären Ausgleichs leichter eine Elternzeit von ihrem Partner einfordern, und tragen beruflich nicht allein den Nachteil.

Das Elterngeld ist auf maximal 1.800 Euro gedeckelt, mindestens erhält man 300 Euro. Monetär profitiert damit in erster Linie die Mittelschicht vom Elterngeld. Die Mittelschicht ist es aber auch, die am stärksten durch Steuern und Sozialabgaben belastet ist. Die Entlastung dieser Gruppe ist erklärtes Ziel der FDP. Insofern passt es in das Konzept einer Steuern- und Abgabepolitik, die etwas für die leistungsstarke Mitte der Gesellschaft tun möchte.

Und zuletzt der psychologische Effekt: Ein Paar mit zwei mittleren Einkommen muss sich bei der Entscheidung, Kinder zu bekommen, nicht mehr sorgen, ob ein Einkommen ausreichend sein wird. Denn zumindest anteilig springt hier das Elterngeld ein. Zum anderen zeigt die Befristung des Elterngeldes auf 12 bzw. 14 Monate auch, dass danach ein Ansporn existieren soll, wieder in Beschäftigung zu gehen. Für Frauenkarrieren hat sich gezeigt, dass der Wiedereinstieg immer schwieriger wird, desto länger die Pause dauert. Auch aus diesem Grund kann es insbesondere für Frauen sinnvoll sein, die erwerbslose Pause nicht zu lange andauern zu lassen. Denn schließlich brauchen wir die Frauen aufgrund des Fachkräftemangels dringend auf dem Arbeitsmarkt.

Dr. Maren Jasper-Winter (OV OT) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte

# „Migrant“ oder Mensch?

von Alexander Platonov

Was ist unantastbar und unberührbar zugleich? „Der Migrant“ in seinem Milieu. Dieses sarkastische Postulat trifft umso mehr zu, je stärker die sozialen Umstände dem Neukölln-Klischee entsprechen.

Die Debatten über Zuwanderung und Integration haben sich im Laufe der letzten 15 Jahre deutlich versachlicht. Im Jahr 2011 ist dieses Themenfeld erfreulicherweise kein Minenfeld mehr und ein kritisches Hinterfragen von Missständen wird nicht mehr tabuisiert. Es ist den Meisten längst klar, dass Integration ohne gute Sprachkenntnisse, ohne weitgehende Annahme sozialer Normen der aufnehmenden Gesellschaft und ohne eigene Erwerbstätigkeit nicht funktioniert.



Jedoch hat das linke Politspektrum weiterhin seine Deutungshoheit über integrations- und sozialpolitische Themen behalten. Statt dort, wo nötig, Schichtprobleme anzugehen und den Betroffenen unbegründete Vorbehalte gegen Akkulturation zu nehmen, bewirken links gepolte Toleranzprofis mit ihren Vorstellungen von gelungener Integration genau das Gegenteil: Die Zementierung widriger Lebensumstände.

Bedauerlicherweise standen in der Vergangenheit mal konservative, mal linke Ideologien im Vordergrund, anstatt von Lebensrealitäten auszugehen. „Die Migranten“ waren entweder störende Fremde oder bedauernswerte Benachteiligte, aber nur selten ganz normale Menschen. Trotz aller Hürden hat sich ein Teil der Zuwanderer sehr erfolgreich in diesem Land etabliert. Sie haben sich nicht in die vorbestimmte Rolle eines Bittstellers oder eines Opfers drängen lassen und haben sich aus eigener Anstrengung in der Mitte der Gesellschaft eingefunden.

Assimilation ist eben kein Teufelszeug, sondern der Weg, den die Erfolgreichen ganz von selbst gegangen sind.

Doch mit der alleinigen Betrachtung von Positivbeispielen wird man den sozialen Problemen in unserer Stadt nicht gerecht. Ein erheblicher Teil von Migranten kann keine Anpassungserfolge vorweisen und daran haben patente Gutmenschen großen Anteil.

Menschen integrieren sich von allein – wenn man sie denn lässt. Doch bisweilen scheint es, dass wirtschaftliche und soziale Probleme bei „den Migranten“ ein natürlicher und erhaltenswerter Zustand seien. Durch fürsorgliche Vernachlässigung vollzieht sich Artenschutz für Armut. Wenn Eigenverantwortung und Anpassungsleitungen unnötig werden, sinken auch die Erwartungen an die Betroffenen. Da ihnen in der Folge nichts zuzutrauen sei, erwächst zu ihnen eine herablassende und bevormundende Einstellung. Im Ergebnis wird soziale Mobilität von Migranten durch ihre acquired helplessness und durch eine abweisende Haltung der Mehrheitsgesellschaft verbaut. Das ist genau das Gegenteil von „Integration“.

Ein möglicher Lösungsansatz wäre die konsequente Anwendung des Konzepts des Förderns und Forderns; man könnte es zusätzlich durch Sanktionierung von krassem sozialem Fehlverhalten erweitert. Berechtigerweise erheben wir Liberale bei obrigkeitlich verordneten Alltagsregeln Bedenken. Doch wäre hier etwas mehr Pragmatismus geboten. Es kann nicht der Ausdruck der größtmöglichen persönlichen Freiheit sein, wenn junge Migranten der 3. Generation bei der Wahl des Lebensentwurfs lediglich die Entscheidung zwischen Hartz IV und Kriminalität haben. Bei so einer Perspektive für Zigtausende in unserer Stadt muss es doch heißen: Man darf hier nicht mehr wegsehen!

Trotz aller liberalen Vorbehalte gegen Einmischung in fremde Angelegenheiten findet man durchaus die Kraft, soziale Missstände in Migrantenmilieus anzugehen. Wenn die Unantastbarkeit von Parallelgesellschaften infrage gestellt wird, kann man den „Unberührbaren“ eine tatsächliche Aufstiegsperspektive bieten. Dazu muss man aber „die Migranten“ frei von sozialromantischer Verklärung als gleichwertige Menschen ernst nehmen – mit allen negativen menschlichen Eigenschaften, die man auch der indigenen Bevölkerung Deutschlands zutrauen würde.

[Alexander Platonov \(OV Gendarmenmarkt\) ist stellv. Vorsitzender des Landesfachausschusses Ausländer- und Integrationspolitik](#)

# Auf die Fähigkeiten der Berliner vertrauen

von Christoph Meyer

Ist Ihnen schon einmal aufgefallen, dass nirgendwo sonst die Parteien so konturlos und schwammig in ihren Programmen sind wie in Berlin? Dass es neben den Liberalen nur sozialdemokratische Parteien in der Hauptstadt gibt? Und diese sich dann auch nur noch über ihr „Spitzen“-personal definieren und nicht mehr über die eigentlich wichtigen Inhalte? Die FDP dagegen ist die einzige Partei, die die Freiheit des Einzelnen in allen Lebensbereichen zum entscheidenden gesellschaftlichen Gestaltungsprinzip macht.



Nur wir haben den Mut, auf die Fähigkeiten der Berliner zu vertrauen, ohne ihnen ständig vorzuschreiben, wie sie zu leben haben. Jeder soll in Berlin seine Chancen ergreifen können und die Politik muss dazu die notwendigen Entfaltungsräume schaffen. Unser Ziel 2011 ist natürlich der Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus mit einer starken Fraktion am 18. September. Mit „Den richtigen Antworten“ haben wir gemeinsam ein kompetentes und schlagkräftiges Wahlprogramm erarbeitet, das uns ein Alleinstellungsmerkmal insbesondere in der Wirtschafts- und Bildungspolitik gibt. Als einzige Partei stehen wir konsequent für eine moderne, lebens- und lebenswerte Metropole, in der man sich kreativ und unternehmerisch frei entfalten kann, und das werden die Wähler am Wahltag honorieren. Die perfekte Verbindung von Familie, Arbeit und Erholung, für uns Liberale gehört das alles untrennbar zusammen.

Der rot-rote Senat hat alle Erwartungen in den letzten Jahren enttäuscht! Statt mit einer klaren Zukunfts- und Wachstumsorientierung privates Kapital, neue Investoren und Unternehmen mit Arbeitsplätzen nach Berlin zu locken, schreckt der Senat diese durch ideologische Skepsis ab. Statt Geld für sinnvolle Investitionen in Bildung und Infrastruktur einzusetzen, leistet sich der Senat lieber eine überbordende, wirtschaftsfeindliche Bürokratie und phantasiert über unfinanzierbare Rekommunalisierungen.

Wir wissen, dass es auch anders geht: Dass es möglich ist, Ordnungspolitik, Wettbewerb, Eigenverantwortung und Chancengerechtigkeit zu verbinden und dabei künftige Generationen nicht aus dem Auge zu verlieren. Das bedeutet konkret:

**BESSERE BILDUNG FÜR IHRE KINDER** - Berlin ist trotz hoher Bildungsausgaben immer noch Schlusslicht in Bildungsvergleichen. Die Qualität der Schulbildung muss daher dringend verbessert werden. Dieses Ziel kann nicht durch die Abschaffung von Gymnasien oder immer mehr Gleichmacherei erreicht werden, sondern durch mehr Eigenverantwortung für die Schulen. Nur so kann eine vielfältige und hochwertige Bildungslandschaft entstehen.

**MEHR WACHSTUM UND WETTBEWERB** - Berlin muss seine Wirtschaftspolitik neu ausrichten, denn es fehlt in der Stadt an privaten Unternehmern genauso wie an privatem Kapital. Es bedarf liberaler Rahmenbedingungen, in denen der Staat zum Dienstleister wird. Dabei müssen alle Maßnahmen, die Wachstum fördern und damit Arbeit und Wohlstand für Berlin schaffen, intensiv unterstützt werden. Denn jeder Arbeitsplatz ist uns willkommen!

**INDIVIDUELLE MOBILITÄT GARANTIEREN** - Für viele Menschen ist individuelle und barrierefreie Mobilität die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Das gilt gerade für Familien, ältere Menschen, Schwangere oder Menschen mit Behinderungen. Politik muss den Bürgern eine freie Auswahl aus den von ihnen gewünschten Verkehrsmitteln ermöglichen. Nicht politischer Zwang, sondern die Qualität der Verkehrsangebote im fairen Wettbewerb soll Entscheidungsgrundlage für die Bürger sein.

**HAUSHALT SANIEREN** - Trotz sprudelnder Einnahmen in den letzten Jahren läuft der Landeshaushalt immer weiter aus dem Ruder. Berlin hat dabei v.a. ein Ausgabenproblem. Wegen der fehlenden Sparanstrengungen des Senats seit 2004 haben wir die Einführung einer landeseigenen Schuldenbremse gefordert, um nachfolgenden Generationen die Möglichkeit zu erhalten, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen.

Für all das stehen wir, denn arm zu sein, das war und ist nicht sexy!

**Christoph Meyer MdA (BV Charlottenburg-Wilmersdorf) ist Vorsitzender der FDP Berlin und der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus**



Zum Thema

## Liberale Vision: Teilhabe Behinderter im Arbeitsmarkt

von Hartmut Bade



Dass die Teilhabe körperlich oder geistig behinderter Menschen am Arbeitsmarkt nicht nur Vision, sondern auch eine praktische Möglichkeit ist, beweist das Hotel „Grenzfall“ an der Gedenkstätte Berliner Mauer. Dieses Hotel, betrieben vom

Verein „Schrippenkirche“, verfolgt konsequent den Ansatz des integrativen Personalkonzepts. Hör- und Sehbehinderte, körperlich gehandicapte und psychisch Kranke beweisen hier, dass sie motivierte und produktive Mitarbeiter sind, wenn ihr Arbeitsplatz mit wenigen Mitteln auf sie zugeschnitten und die Einstellung der Kollegen und Vorgesetzten auf die Chancen statt auf die Defizite ausgerichtet ist.

Am 7. Juni haben wir das in einer Veranstaltung des Bezirksverbandes und des OV Wedding im Restaurant „Grenzfall“ mit der behindertenpolitischen Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Gabriele Molitor, diskutiert. Es ergab sich eine intensive und fruchtbare Debatte zwischen Hotelleiter Thomas Binroth, dem Praktiker, und der Bundespolitikerin, die genau hier ein Schwerpunktthema hat: Den Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen. Gabi Molitor sieht darin sogar ein bedeutendes Element bei der Bekämpfung des vielzitierten Fachkräftemangels.

Wer sich nicht aus persönlicher Betroffenheit mit Fragen der Politik für Menschen mit Behinderungen beschäftigt, wird damit fast ausschließlich im Zusammenhang mit der Frage konfrontiert, ob es klug ist, behinderte und nicht behinderte Schüler gemeinsam zu unterrichten oder lieber nicht. Viel mehr Lebenszeit als in der Schule verbringt der Mensch aber im Arbeitsleben bzw. frustriert außen vor. Seltsam, dass über Behinderte als Arbeitnehmer so wenig gesprochen wird. Es ist ganz einfach falsch, sie alle in spezielle Werkstätten abzuschieben. Ein Verlust an Lebensqualität und teuer für die Gesellschaft. Wie so oft in der deutschen Sozialpolitik werden gesellschaftliche Energie und Finanzmittel den wirklich Bedürftigen entzogen, die eine ganz spezielle Betreuung benötigen, indem eine viel zu große Gruppe einer Sonderbehandlung unterzogen wird.

Hartmut Bade ist Schatzmeister des OV Wedding

Zum Thema

## Medienkompetenz im Alltag ist noch lang nicht Alltag

von Pamela Hackel



John Naisbitt sagte einmal: „Wir ertrinken in Informationen, aber wir hungern nach Wissen“. Damit trifft er den Nagel auf den Kopf. Informationen und deren Selektion ist Hauptbestandteil unserer wissens-

basierten Informationsgesellschaft (Arnold, Böhnisch, Schröder 2005, S. 19). Durch Ausbau des Zugangs besonders zu neuen Medien wurden Möglichkeiten durch Offenlegen von Räumen geschaffen, die jedem Einzelnen, der sie nutzen kann, mehr Autonomie und Handlungsfreiheit versprechen. Die Kehrseite ist jedoch, dass diese Informationsflut in den Medien auch überfordern kann.

Menschen befinden sich in einem Zustand materieller Sättigung der eigenen Grundbedürfnisse. Die Verwertung der Informationen werden einerseits als Berieselung und Zeitvertreib genutzt. Andererseits werden Medien gezielt nach gewünschten Informationen durchsucht. Letzteres kann als Statusbeweis einer höheren Medienkompetenz wahrgenommen werden. Zur Medienkompetenz gehört auch zu erkennen, welchen Einfluss Medien auf die Meinungsbildung besitzen und welche besonders das selektive Hochspielen von Informationen betreiben, die hauptsächlich ihre eigenen Anliegen unterstützen.

Vermutlich hat jeder Mensch ein eigenes Unterhaltungs- und Informationsbedürfnis, dessen Ausgestaltung er je nach Bedürfnis selbst bestimmen kann. Möglicherweise hat demnach auch jede dieser gesuchten Information eine andere Wertung – je nach Art und Weise der Mediennutzung. Informationen müssen nach ihrer Herkunft und Verarbeitung von den Konsumenten bewertet werden. Menschen müssen lernen, durch sinnvolle Nutzung von Medien, aus dem „Konzert der Medien“ gezielt ihre individuellen Informationsbedürfnisse zu befriedigen und diese in unterschiedlicher Qualität und Intensität nutzen. Menschen müssen befähigt werden diese Medien typgerecht zu nutzen. Nur dies kann auch Medienscheue überwinden und wichtige Erkenntnisse für die Lebenswelt liefern.

Pamela Hackel (OV Tiergarten)

Aus dem Abgeordnetenhaus

## Konsequent für die Soziale Marktwirtschaft

von Volker Thiel



Zehn Jahre Linke Wirtschaftspolitik und Berlin ist die Stadt mit der höchsten wirtschaftlichen Unfreiheit. Die Einführung der sogenannten Umweltzone hat zu keinen signifikanten ökologischen Verbesserungen geführt, wohl aber zu immensen Mehrkosten für Unternehmen. Das Berliner Vergabegesetz definiert vergabefremde Kriterien als Standards und fordert einen Mindestlohn, der gerade rechtzeitig zum Wahlkampf auf mindestens 8,50 Euro erhöht werden soll.

Berlin ist weiterhin Schlusslicht in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Das ist kein Zufall, sondern Ergebnis der wirtschaftsfremden Politik des Regierenden Bürgermeisters und seines lenkungsverliebten Wirtschaftssenators. Sie regieren in die Wirtschaft hinein und verweigern sich, ihre Rolle als Schiedsrichter des Marktes anzunehmen. Sozialistische Politik und Soziale Marktwirtschaft passen eben nicht zusammen.

Die Wirtschaft positiv stimulierende Infrastrukturprojekte wie MediaSpree, die A 100 oder die Umfeldvermarktung um den Großflughafen Berlin Brandenburg dümpeln vor sich hin oder sind auf die nächste Legislatur verschoben worden. Stattdessen werden jetzt zum Ende der Legislatur sozialistische Träumereien als Heilsbringer propagiert: den öffentlichen Beschäftigungssektor soll sich ganz Deutschland zum Vorbild nehmen (und der Bund soll ihn finanzieren!) und private Anbieter von Leistungen der sogenannten Daseinsvorsorge sind wieder zu Verstaatlichen, denn die Politik garantiert die Versorgungssicherheit, finanzieren dürfen es die Steuerzahler. Alles schon einmal dagewesen und erbärmlich gescheitert.

Die Liberalen sind die einzige Kraft in der Stadt, die eine konsequente Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft garantiert. Respekt vor den Leistungen der Unternehmer, faire Wettbewerbsbedingungen und eine dienstleistungsorientierte Politik als Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität und mehr Arbeitsplätze in Berlin

Volker Thiel MdA (BV Treptow-Köpenick) ist Sprecher des Landesausschusses der FDP Berlin

Aus der Landespartei

## Die neue FDP

von Henner Schmidt



Der Parteitag in Rostock hat in der FDP einen fühlbaren Stimmungsumschwung herbeigeführt und uns endlich wieder Rückenwind gegeben. Die Partei ist offener und lockerer geworden und stellt sich auch bunter und munterer dar.

Mit dieser Vorlage sind wir zuversichtlich, auch die AGH-Wahl im September gut zu bestehen, zumal die Umfragewerte inzwischen deutlich besser geworden sind.

Die FDP Berlin wird im Wahlkampf nun darauf setzen, das Neue an der FDP herauszustellen und vom neuen Image zu profitieren. Gleichzeitig werden wir unsere konsequent erarbeitete Alleinstellung im Berliner Parteienspektrum hervorheben: Wettbewerb in der Wirtschaft, eigenständige Schulen, Verzicht auf immer weitere Reglementierungen und unbehinderte Mobilität für alle vertritt in Berlin einzig noch die FDP, insbesondere nachdem die Berliner CDU in all diesen Themengebieten inzwischen vor dem rot-rot-grünen Mainstream kapituliert hat.

In diesem Sinne wurde die Wahlkampagne entwickelt, die Ihnen jüngst vorgestellt wurde und die ein frisches und munteres Zeichen für die liberale Präsenz setzen wird.

Für den Erfolg in Berlin ist aber auch wichtig, dass die FDP im Bund sich nun ebenfalls neu aufstellt und beginnt, liberale Akzente in der Regierungspolitik zu setzen. Auf der FDP ruht nun allein die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die „Energiewende“ nicht die Basis unserer gesamten Industrie zerstört, dass der Überwachungsstaat gestoppt wird, dass sich Deutschland durch die Euro-Hilfe nicht selbst in die Pleite reitet und dass die parlamentarische Demokratie nicht ständig durch Kungelrunden und Basta-Gebarren der Kanzlerin missachtet wird.

Die CDU wird sicher bei keinem dieser Themen für Lösungen sorgen, wenn sie nicht von der FDP getrieben wird. Die Bundes-FDP und die FDP-Bundestagsfraktion brauchen jetzt Rückrat und Selbstbewusstsein. Die liberale Basis – Sie alle - sollte sie dabei unterstützen.

Henner Schmidt MdA (OV Gendarmenmarkt) vertritt den Bezirk Mitte im Abgeordnetenhaus von Berlin und ist Beisitzer im FDP-Landesvorstand

Aus der BVV-Fraktion

## Stirb langsam

von Peter Pawlowski, Vorsitzender der Fraktion

Die Löhne an der Charité sind mies. Je nach Job, den man zu verrichten hat, kann der Stundenlohn nur knappe 5,40 Euro pro Stunde betragen. Eine Krankenschwester, die seit 16 Jahren im Dienst ist, verdient nur 1600 Euro, trotz der Wochenend- und Nachtschichten. Von Lohnsteigerungen, die zuletzt 2006 stattgefunden haben, hat das Pflegepersonal nicht profitiert. Deshalb ist der Streik der Mitarbeiter der Charité mehr als verständlich.

Im Mai hat die Streikwelle auch die BVV von Berlin Mitte erreicht. Mehrere Mitarbeiter der Charité haben sich an die Fraktionen gewandt mit der Aufforderung zur Unterstützung der Streikenden. Eigentlich hat die BVV mit dem Thema nichts zu tun. Die Zuständigkeit liegt beim Senat. Macht nichts, haben wir uns gedacht. Schließlich wäre es nicht das erste Mal, dass die Bezirksverordneten sich eines Themas annehmen, das eigentlich auf der Landesebene angesiedelt ist. Die Antworten der Fraktionen offenbarten das gesamte Krankheitsbild der Berliner Politik. Die SPD und die Linke schienen von einer kollektiven Demenz befallen zu sein. Allen Tatsachen zum Trotz konnten sich die Fraktionssprecher überhaupt nicht daran erinnern, dass die katastrophalen Zustände an der Charité mit den dazu gehörigen schlechten Löhnen, Ergebnis (eigener) Politik des rot-roten Senats sind. Die sonst so wortgewaltige CDU wälzte sich in Krämpfen und verwies hilflos auf ihre Fraktion im Abgeordnetenhaus- ohne zu verraten, was diese zum Thema zu sagen hätte. Den Höhepunkt bildete der – einem Delirium tremens ähnelnde – Beitrag der Grünen, der mit dem pathetischen Aufruf „wählt uns am 18 September“ endete.

Und auch ich konnte die Bürgeranfrage nicht ohne Bauchschmerzen beantworten. Mein Leiden war jedoch nicht durch die Buhrufe des Publikums verursacht, das offensichtlich kurz vor dem allergischen Schock stand als der Name „FDP“ aufgerufen wurde. Krank macht mich die offensichtliche Verdrängung der Tatsachen, unter der die Parteien und die betroffenen Mitarbeiter zu leiden scheinen. Fakt ist nämlich, dass ohne grundlegende Strukturreform der Charité: Konzentration auf einen Standort (Benjamin-Franklin!), Schließung des überflüssigen Bettenhauses im Ostteil der Stadt und Ausbau der Charité zum medizinischen Forschungszentrum ersten Ranges (Vorschlag der FDP-Fraktion im AGH!), keine besseren Löhne an der Charité realisierbar sind.

Genau diese Tatsachen habe ich versucht, im Namen unserer Fraktion den Betroffenen zu vermitteln. Die nicht unter Surditas leidenden Anwesenden mögen die Botschaft verstanden haben.

Wir sind ansprechbar über das Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363; Bürozeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00

[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)

OV Gendarmenmarkt

## Personalkarrussell 2.0

von Katja v. Maur, Redakteurin des OV

Endlich, so dachten wir, sind alle Personalentscheidungen unter Dach und Fach und es kehrt innerparteilich Ruhe ein. Man stürzte sich mit voller Kraft in den Wahlkampf und wandte sich wieder liberalen Themen zu, was angesichts der politischen Lage in Berlin und der anhaltend niedrigen Umfragewerte auch nötig ist. Doch in Mitte und im OV Gendarmenmarkt drehte das Personalkarrussell noch einmal Extrarunden: Der Bezirksausschuss wählte einstimmig unsere Ortsvorsitzende Bärbel Freudenberg-Pilster zur stellvertretenden Bezirksvorsitzenden. Zur neuen stellvertretenden Ortsvorsitzenden unseres OV wurde Teresa Erlinger-Ruttloff gewählt, die dem Vorstand schon als Beisitzerin angehörte. Der bisherige Stellvertreter, Christian Ebertz wurde von seinem Arbeitgeber auf der Karriereleiter nach oben und nach Dortmund gehievt. Lieber Christian, wir hoffen, der nächste Zug hält wieder in Berlin. Als Beisitzer rückte Matthias Hildebrandt nach, der sich schon seit längerem um den direkten Draht zur BVV kümmert.

OV Hackescher Markt

## Auf dem Weg zur Berlinwahl

von Nils Augustin, Vorsitzender des OV

Auf dem Bundesparteitag in Rostock war unser OV Hackescher Markt mit zehn seiner Mitglieder in diversen Funktionen auf dem Bundesparteitag vertreten – was Rekord unter allen Ortsverbänden der FDP sein dürfte. In alphabetischer Reihenfolge waren das Nils Augustin, Hans-Jürgen Beerfeltz, Anno Blissenbach, Agnes Ciuperca, Ulrich Finkenbusch, Rupert Graf Strachwitz, Katharina Peter (gewählte Ersatzdelegierte), Harald Ruppe, Madeleine Voigt und Daniela Zehentner-Capell.



Der frische Impuls des Bundesparteitages war auch spürbar, als sich Mitglieder und Freunde des Ortsverbandes zur monatlichen Mitgliederversammlung am ersten Montag des Juni im „Simon“ versammelten. In angeregter Diskussion war allenthalben Zuversicht präsent, dass Bundespartei und Bundestagsfraktion in neuer Aufstellung sowohl in der Politikumsetzung wie auch in der Kommunikation derselben Erfolge werten erzielen können. In einem Wechsel der politischen Ebene wurde sodann der weitere Weg des Ortsverbandes auf dem Weg zur Berlinwahl am besprochen. In der Juli-MV wollen wir mit unserer Wahlkampfleiterin Madeleine Voigt, unserer AGH-Kandidatin Agnes Ciuperca sowie Matthias Still (leitete „Strategie und Marketing“ im Wahlkampf der Hamburger FDP zur dortigen Bürgerschaftswahl im Februar) und Dr. Roland Zielke (Wahlkampfleiter der FDP Berlin) auf den Wahlkampf einstimmen, ein Sommerfest des Ortsverbandes wird von Schatzmeister Burkhard Grell und Nadja Konersmann organisiert, in der August-MV wollen wir mit Journalisten über das Bild der FDP in den Medien sprechen und zur September-MV freuen wir uns auf Dr. Volker Wissing, finanzpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und einer ihrer stellvertretenden Vorsitzenden.

OV Tiergarten

## Arbeitsagentur Mitte

von Nikoline Hansen, Redakteurin des OV

Auf Initiative des OV Tiergarten konnten wir am 19. Mai ein hochkarätiges Fachgespräch mit der Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Berlin Mitte Dr. Ramona Schröder führen und interessante Einblicke in die Probleme des Arbeitsmarktes vor Ort gewinnen. Nach einem fachlich einführenden Vortrag verlief die Diskussion anregend. Auf dem Gebiet unseres OV sind 80% der Jugendlichen unter 15 Jahren auf staatliche Finanzhilfe zum Lebensunterhalt angewiesen (Berlin 35,9%, Deutschland 15,6%); Abhilfe schaffen sollen Motivation zur Ausbildung und gezielte Beratung, um passende Jobangebote zu vermitteln. Fazit: Die Tatsache, dass Arbeit im Niedriglohnbereich nicht zum Leben ohne staatliche Unterstützung reicht, ist nur eines der Probleme, die angegangen werden müssen. Viel entscheidender ist es, die Bildung der Kinder rechtzeitig und stärker zu fördern, als dies bislang der Fall ist. Ein herzlicher Dank an Maren Jasper-Winter für die Organisation!

Stellvertretende Ortsvorsitzende wurde Patricia Steinmann als Nachfolgerin für Volker Jach, neue Beisitzerin als Nachfolgerin für Patricia Steinmann wurde Julia Streit. Damit ist der Vorstand wieder komplett.

OV Wedding

## Aktiver Wedding, kreativer Wedding, bunter Wedding

von Claudia Bandow, Redakteurin des OV

Am 02.05.2011 fand die offene Vorstandssitzung des OV-Wedding im Restaurant Postkutsche in der Gerichtstr. 34 statt. Dieser Abend stand fast ganz unter dem Motto „Aktiver Wedding (Stadtentwicklung und Wirtschaft), Kreativer Wedding (Schule und Kultur) und Bunter Wedding (Freizeitgestaltung)“. Es entwickelte sich eine angeregte Diskussion, wobei noch einige Tipps zu besonders schönen Ecken des Bezirkes zusammen kamen. Weitere Tipps und Vorschläge kann jeder gern per E-Mail an den Vorsitzenden des OV-Wedding Volker Imhoff ( fdp@volker-imhoff.de ) versenden. Des weiteren wurden Vorschläge für einen Flyer gesammelt, der als Einstieg für den Wahlkampf dienen soll. Ziel ist es, eine Kampagne aufzubauen, die uns in den nächsten Jahren im OV-Wedding begleiten soll und auf einer gesonderten Rubrik unserer Homepage ihren Platz finden wird. Am Samstag den 28.05.2011 errichtete der OV-Wedding einen Wahlkampfstand an der Müller-/Ecke Seestr. um einen ersten Stimmungstest der Weddinger einfangen zu können. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe des Liberal Central.

JuLis Mitte

## Landeskongress

von Armin Grabs, Vorsitzender

Am 28. Mai hielten die Jungen Liberalen Berlin ihren Landeskongress ab. Im Balkonsaal des Rathauses Tiergarten fanden sich weit mehr als fünfzig junge Liberale ein. Zwischen Beratung von Anträgen, Wahl von Bundeskongressdelegierten und einer Aussprache mit dem Vorsitzenden der FDP-Berlin Christoph Meyer, konnten wir uns über viele verschiedene Grußworte, u.a. vom Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Markus Löning, freuen. Nach der Antragsberatung bis 18:45 Uhr stand die traditionelle „LaKo-Party“ an. Bei frühlingshaftem Wetter genossen wir die Strandatmosphäre an der Spree am „Beach at the Box“ und feierten bis in die Morgenstunden in der „Box at the Beach“. Für die Organisation möchte ich an dieser Stelle ganz besonders Jennifer Münchow und Philipp Ehmman danken.

## Personalien

(au) Die turnusmäßige Neuwahl des FDP-Bundesvorstandes auf dem 62. Ordentlichen Bundesparteitag in Rostock beschäftigte Partei und Medien schon viele Monate im Voraus. **Guido Westerwelle** (NRW), der unsere Partei zehn Jahre lang zu Gestaltungswillen und resultierenden Wahlerfolgen geführt hatte, verzichtete schließlich vor dem Eindruck einer verfahrenen Situation auf eine erneute Kandidatur und machte so den Weg frei für eine konsensuale Neuaufstellung der Vorstandsmannschaft. Zum neuen Bundesvorsitzenden wählte der Parteitag den wenige Tage zuvor von der Spitze des Bundesgesundheitsministeriums an jene des Bundeswirtschaftsministeriums gewechselten



**Philipp Rösler** (Foto, Niedersachsen), in welchen die Partei besondere Hoffnungen auf ein beharrliches Bohren dicker Koalitions-Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß setzt. Zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurde sodann zunächst auf Vorschlag



des neuen Bundesvorsitzenden **Birgit Homburger** (Foto, Baden-Württemberg) gewählt, welche wenige Tage zuvor auf einer außerordentlichen Neuwahl des Vorstandes der Bundestagsfraktion nicht wieder für deren

Vorsitz kandidiert und diesen **Rainer Brüderle** (Rheinland-Pfalz) überlassen hatte, der seinerseits von der Spitze des Bundeswirtschaftsministeriums in die neue – und seinem persönlichen Profil vorzüglich

entsprechende – Aufgabe wechselte, in der Folge auch auf eine erneute Kandidatur als stellvertretender Bundesvorsitzender verzichtete.



Auf der zweiten Position einer stellvertretenden Bundesvorsitzenden wählten die Delegierten **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** (Foto, Bayern), welche das Herz der Liberalen seit ihrer Rückkehr an die Spitze des Bundesministeriums der Justiz in 2009 wiederum mit jener kompetenten und konsequenten Herangehensweise an die Rechtspolitik des Vaterlandes erfreut, mit der sie schon im vergangenen Jahrhundert überzeugt hatte. Die Reihe der stellvertretenden Bundesvorsitzenden ergänzten die Delegier-



ten um **Holger Zastrow** (Foto, Sachsen), den nicht nur seine langjährig erfolgreiche Arbeit als Vorsitzender des LV Sachsen sondern insbesondere unermüdliches Eintreten für unverwässerte liberale Aufrichtigkeit in der

Gestaltung unserer politischen Ökonomie für das Amt qualifizierte. Für das Amt des FDP-Bundesschatzmeisters stand der Vizepräsident des Bundestages

**Hermann Otto Solms** (Hessen) nach erfolgreicher Sanierung der liberalen Finanzen nicht noch einmal zur Verfügung, den Schatz des Verbandes zu mehren und zu hüten wird künftig die Aufgabe von Parteifreund



**Patrick Döring** (Foto, Niedersachsen) sein. Als Generalsekretär der FDP bestätigten die Liberalen **Christian Lindner** (Foto, NRW),



der das Amt seit einem Jahr inne hatte und dort nach allgemeiner Auffassung vorzügliche Arbeit leistete. Ergänzt wurde das Präsidium von den Delegierten mit der Wahl des stellvertretenden hessischen Ministerpräsidenten **Jörg-Uwe Hahn**, von

Bundes-Entwicklungshilfe-Minister **Dirk Niebel** (Baden-Württemberg) und der sicherheitspolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion, **Elke Hoff** (Rheinland-Pfalz).

In den weiteren Bundesvorstand wurden schließlich auch zwei Berliner gewählt, nämlich in der von den 16 Landesverbänden besetzten „1. Kategorie“ unser Landes- und AGH-Fraktionsvorsitzender **Christoph Meyer** (Charlottenburg-Wilmersdorf) sowie in der „freien Wildbahn“ mit einem herausragend guten Ergebnis Meyers AGH-Fraktionskollegin **Mieke Senftleben** (Reinickendorf).

Als Delegierte zum Kongress der europäischen liberalen Partei ELDR wurden aus Berlin unsere Berliner Abgeordnete im Europäischen Parlament und dort rechtspolitische Sprecherin der FDP, **Alexandra Thein** (Steglitz-Zehlendorf), und **Christa Mientus-Schirmer** (Marzahn-Hellersdorf) gewählt.

(au) Nachwahl im BV Mitte: Die Vorsitzende des OV Gendarmenmarkt, **Bärbel Freudenberg-Pilster**, ist vom Bezirksausschuss einstimmig zur stellvertretenden Bezirksvorsitzenden an Stelle des zurückgetretenen **Jan Losemann** gewählt worden.

## Leserbriefe

Sebastian Ahlefeld (OV Tiergarten)

Zum 6. Mal hieß es bei den Respect Gaymes am 4. Juni 2011 im Berliner Jahn- Friedrich-Sportpark „Zeig Respekt für Schwule und Lesben!“, die vom Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) e.V. veranstaltet wurden. Die Fußballturniere mit insgesamt 60 Teams standen wieder im Zentrum der sportlichen Wettkämpfe, die durch ein Streetball und ein Beachvolleyballturnier ergänzt wurden. Den ganzen Tag wurde dabei für gegenseitigen Respekt durch Begegnung von homosexuellen und heterosexuellen jungen Menschen geworben. Zusammen mit Fußballvereinen, Sportverbänden, Jugendzentren, Schulen, Organisationen aus der Community und weiteren Kooperationspartnern wurde auch 2011 mit den Respect Gaymes ein klares Zeichen für gegenseitigen Respekt gesetzt. Besondere Highlights war das VIP Fußballspiel mit einem überparteilichen VIP- Team. Mit einer Stürmerspitze bestehend aus dem Fraktion- und Parteivorsitzenden Christoph Meyer und dem Landesvorsitzenden der Liberalen Schwule und Lesben Berlin Sebastian Ahlefeld konnten nach 20 min. Spielzeit bei 30°C im Schatten das Team mit einen 1:0 dem Platz mit einem Sieg verlassen. Die im Anschluss von Justiz- Senatoren Frau von der Auen verliehene Magnum- Sektflasche wurde unter allen Spielteilnehmern geteilt und für mehr Respekt angestoßen.

Wir freuen uns über Post.

Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an  
[redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de)

Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu  
veröffentlichen oder zu kürzen.



**NIEMAND HAT VOR, DAS  
INTERNET ZU ZENSIEREN.**

## Schlusswort

# Der rot-rote Faden

von Anno Blissenbach



Nicht nur mit seinem Berlin-Slogan "arm aber sexy" erhob Wowereit Armut zum Programm: Wie ein rot-roter Faden zieht sich nicht Bekämpfung sondern Bewahrung und Erzeugung von Armut durch die Regierungskonzepte. Strategisches Ziel: rot-rotes Wählerpotential sichern. Rot-roter Wählerbestand wird gepflegt, indem der Status Quo sozial Schwacher bewahrt, sozialer Aufstieg verhindert wird. Bei Zuzügen wird der "Gefahr", dass "die Falschen" nach Berlin kommen, begegnet, indem Berlin für bürgerliche Wähler unattraktiv, für rot-rote attraktiv gemacht wird.

Schulpolitik: Der Grundstein künftiger Transfer-Karrieren wird gelegt, indem bei Schulanfängern per JÜL Defizite in den Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen generiert werden. Die Möglichkeit, qualitativ hochwertige weiterführende Schulbildung zu erhalten, wird reduziert, indem die (sozialistische) Einheitsschule – Sekundarschule – mit ihrer Ausrichtung auf bestenfalls Mittelmaß forciert wird, Gymnasien aufs Abstellgleis geschoben, Privatschulen weitgehend verhindert werden. Per Unterbezahlung wird für niedriges Qualitätsniveau des Lehrkörpers gesorgt.

Wohnen: Kaum beginnt sich Berlins niedrige Wohnungsausstattungsqualität und Miethöhe geringfügig zu normalisieren, will Rot-Rot Marktmieten gesetzlich unterbinden und 20.000 landeseigene Billigwohnungen bauen. Bereits vor Mauerfall waren Altbau-Mietpreisbindung und Großsiedlungsbau erfolgreich als Sozi-Keule gegen bürgerliche Mehrheiten eingesetzt worden. Den "Fehler", innerstädtische Altbausubstanz per Sanierung zum attraktiven Wohnquartier zu wandeln, will man nicht wiederholen, verlor Rot-Rot doch Prenzlauer Berg so an die Latte-macchiato-Grünen.

Wirtschaft/Ansiedlung: Man bleibt gezielt unterhalb des Potentials; Denn kämen Großunternehmen, Produktion, Zentralen bzw. Depandancen von Firmen und Verbänden nach Berlin, dann entstünden Wirtschaftskraft, unternehmerische Kultur, Selbstverantwortung, ein gesunder Mittelstand mit bürgerlichen Tugenden. Es käme Geld und Wohlstand zu den Berlinern – und somit höchste Gefahr für Rot-Rot.

Wirtschaft/Ansiedlung: Man bleibt gezielt unterhalb des Potentials; Denn kämen Großunternehmen, Produktion, Zentralen bzw. Depandancen von Firmen und Verbänden nach Berlin, dann entstünden Wirtschaftskraft, unternehmerische Kultur, Selbstverantwortung, ein gesunder Mittelstand mit bürgerlichen Tugenden. Es käme Geld und Wohlstand zu den Berlinern – und somit höchste Gefahr für Rot-Rot.

Anno Blissenbach ist Redakteur des OV Hackescher Markt bei LC

## Termine

### Juni 2011

- 26.06. 11.30 h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 27.06. 19.00 h FNF: **Podiumsdiskussion** „Städtische Wirtschaftsverkehre zwischen Bremse und Gaspedal“ – mit Klaus-Peter von Lüdeke MdA, Dipl.-Ing. Axel Haas u.a. – im Automobil Forum Unter den Linden (Unter den Linden 21)
- 27.06. 19.30 h LV Berlin: **Landesausschuss** im Neuen Stadthaus, Otto-Suhr-Saal (Parochialstr. 1-3)
- 27.06. 19.30 h DGLI Berlin: **Diskussionsabend** „Deutschland und die USA - Partner oder Fremde?“ – mit DGLI-Präsident Patrick Meinhardt MdB, Journalisten Jacob Heilbrunn und Malte Lehming – im AGH (Niederkirchner Str. 5), Raum 304
- 29.06. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)

### Juli 2011

- 02.07. 11.00 h JuLis Berlin: **Vortrag und Diskussion** „Liberalismus und Religion, Freiheit und Glaube – bereichernd und spannungsreich“ mit Linda Teuteberg MdA und Pascal Kober MdB in der FDP-Landesgeschäftsstelle (Dorotheenstr. 56)
- 02.07. 16.30 h JuLis Mitte u.a.: **Sommerfest** auf dem Grillplatz auf dem Tempelhofer Feld, Eingang vom Columbia-Damm
- 02.07. 12.00 h OV Tiergarten: **Tagesausflug** mit Dampferfahrt und Spargelessen (Unkostenbeitrag ca 35 Euro) in Werder – Info & Anmeldung [kurt.lehner@fdp-tiergarten.de](mailto:kurt.lehner@fdp-tiergarten.de)
- 04.07. 20.00 h OV Hackescher Markt: **Mitgliederversammlung** – Thema: „Wahlkampf in Berlin“ – mit AGH-Kandidatin Agnes Ciuperca und den Wahlkampfleitern der Landesverbände Hamburg und Berlin, Matthias Still und Dr. Roland Zielke – im Simon (Auguststr. 53)
- 05.07. 20.00 h JuLis Mitte: **Mitgliederversammlung** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 12.07. 19.00 h FNF: **Diskussion** „Vor den Toren Europas: Die Flüchtlingspolitik der EU“ – mit Hartfrid Wolff MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Innen und Recht der FDP-Bundestagsfraktion; Kerstin Becker, DRK; Wolfgang Grenz, Amnesty International u.a. – im Hotel Melia (Friedrichstr. 103)
- 14.07. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Sommerfest** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)
- 15.07. OV Tiergarten & LFA Kultur: **Sommerfest** – Info: [www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)
- 27.07. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de). Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).